HAVEL BRANDUNG

Ausgabe 1.2013

Die linke Zeitung
für das Havelland und Brandenburg an der Havel

Wasser – ein Geschenk der Natur Seite 3

Neues Projekt:Jugendfreizeitpark Seite 6



Beschäftigtenüberwachungsgesetz Seite 10

Ein Tag in der sozialen Hängematte

Soziale Gerechtigkeit ist im Kapitalismus nicht möglich

An einem herrlich nasskalten Februartag schlendere ich fröhlich pfeifend auf das Gelände des Deutschen Roten Kreuzes in der Grünen Aue 6. Dort haben sich schon mehrere Dutzend Wartende eingefunden, stehen in kleinen Gruppen beisammen und plaudern ausgelassen, froh, sich wieder unter freiem Himmel versammeln zu können. Auch ich bin, wie alle anderen hier, seit kurzer Zeit stolzer Besitzer eines Familienpasses und möchte meine mir dadurch zustehenden Privilegien einfordern. Plötzlich kommt Bewegung in unsere Menge aus Leistungsverweigerern, Sozialschmarotzern und Faulpelzen. Vereinzelt wird gedrängelt und geschubst. Eine Glücksfee entsteigt dem Container und verteilt Lose: Hartz 4-Lotterie. Meine Nummer ist die 1 – Volltreffer!

Tafel und Kleiderkammer

Nach einer weiteren halben Stunde ist es endlich so weit und ich darf mich als Erster in die Warteschlange stellen. Nun erhalte ich von Mitarbeitern der Brandenburger Tafel für einen Euro meine Delikatessen für diese Woche. Nachdem sich alle mit köstlichen Lebensmitteln versorgt haben, bekommt jede/r noch eine bequeme soziale Hängematte aus der Kleiderkammer nebenan. So bepackt machen wir uns auf einen Triumphzug durch die Stadt. Aus einem Rekorder sorgen Ballermann-Hits für super Stimmung. Auf dem Weg zum Obolus-Kaufhaus oder der Möbelhalle machen wir uns über die Dummheit der arbeitenden Bevölkerung lustig und klopfen uns vor



Lachen auf die Schenkel: arme Schweine.

Nur Milderung der Symptome

Doch jetzt mal im Ernst. Ja, ich war von der Menge und Vielfalt der Lebensmittel überrascht, die ich von der Tafel bekam. Auch wenn ich dafür eine Erklärung unterschreiben musste: „Mir ist bekannt, dass ich alle Waren, insbesondere die mit einem abgelaufenen Mindesthaltbarkeitsdatum, auf eigenes Risiko in Empfang nehme.“ Und auch die Preise der DRK-Kleiderkammer, in der Regel zwischen 50 Cent und drei Euro für gebrauchte Hosen, Pullover oder Schuhe, sind sozial verträglich. Doch machen wir uns nichts vor. So notwendig und wichtig die Arbeit solcher sozialen Träger leider ist, letztlich können sie nur die Symptome wie Armut und soziale Ausgrenzung abschwächen, nicht jedoch die Ursachen des Problems beseitigen – und das heißt Kapitalismus.

Vision einer solidarischen Gesellschaft

So kommt der Versuch, Armut durch Mildtätigkeit zu bekämpfen, dem Versuch gleich, einen Waldbrand mit der Gießkanne zu löschen. Und auch die LINKE kann in den derzeitigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen nicht viel mehr sein als eine soziale Feuerwehr, mit deren Hilfe die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus gemildert werden. Hören wir auf, von entgrenztem oder entfesseltem Kapitalismus zu reden, denn dies impliziert, es gebe neben dem schlechten auch einen guten, also in seine Schranken gewiesenen Kapitalismus. Jahrzehntelange soziale Kämpfe haben indes bewiesen: Dieses System ist nicht reformierbar, es muss überwunden werden. Und auch die Mär vom Ende der Geschichte dient einzig dem Zweck, die jetzigen Machtverhältnisse aufrecht zu erhalten. Dem heutigen System von Verwertbarkeit, Profitmaximierung, Konkurrenz und Eigennutz setzt Die LINKE die Vision einer solidarischen Gesellschaft von Gleichen unter Gleichen entgegen, in der soziale Gerechtigkeit, Gemeinnutz und Nachhaltigkeit die Triebfedern menschlichen Handelns darstellen. Wer von sozialer Gerechtigkeit spricht, darf von deren Feind, dem Kapitalismus, nicht schweigen! Interessante Anregungen zu diesem und anderen Themen finden Sie unter www.nachdenkseiten.de.

D. Herzog

Kolumne

Die Mühen der Ebene

DIE LINKE stellt sich den mannigfaltigen Herausforderungen, die in unserer schnelllebigen Zeit oftmals nicht auf den ersten Blick zu erfassen



Lutz Krakau Vorsitzender DIE LINKE. Kreisverband Brandenburg an der Havel

sind. Das gilt für die Bundes- und Landesebene ebenso wie vor Ort im Kreisverband Brandenburg an der Havel. Auf der Bundesebene haben wir gerade unser Wahlprogramm für die am 22. September stattfindende Bundestagswahl vorgestellt. Auf Landesebene befinden wir uns am Beginn der Diskussion für ein neues Leitbild, das uns als eine wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung und Gestaltung des Landes in den kommenden Jahren dienen soll. Und auf der Kreisebene arbeiten wir engagiert und zielstrebig an der Lösung der kommunalpolitischen Aufgaben zum Wohle der Bürger der Stadt. Diese Arbeit in den sogenannten Niederungen der großen Politik ist anstrengend und meist sehr mühselig. Aber es ist eine Arbeit, die sich lohnt, die direkt das Leben der Menschen vor Ort beeinflusst.

So die Bemühungen, die…

Fortsetzung Seite 2

Macht sich DIE LINKE überflüssig?

Das hätten die politischen Mitbewerber wohl gern

Politische Parteien entstehen nicht grundlos und verschwinden nicht über Nacht. Grundlegende gesellschaftliche Konflikte sind in der Regel Anlässe für die Gründung und den Bestand von Parteien.
DIE LINKE ist im Kern ihrer Programmatik die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeitsfrage berührt den Alltag fast aller Menschen und hat zahlreiche Facetten. Die Forderungen nach einem existenzsichernden, flächendeckenden Mindestlohn, nach einem gerechten Renten- und Gesundheitssystem, nach Steuergerechtigkeit sowie die gerechte Lastenverteilung bei der Überwindung der Finanz- und Eurokrise sind prioritär in der politischen Auseinandersetzung und haben eine große Bedeutung für Betroffene. Deshalb wird DIE LINKE gebraucht. Und eine Partei, die gebraucht wird, ist nicht überflüssig.



Diana Golze (MdB DIE LINKE.) vor ihrem DianaMobil

Wir machen uns nicht allein dadurch überflüssig, dass wir Fehler machen. Insbesondere die personellen Querelen auf Bundesebene im vorigen Jahr und die damit verbundene Selbstbespiegelung hat dem Erscheinungsbild der LINKEN geschadet. Gerade im Westen der Republik, wo DIE LINKE auf kommunaler und Landesebene nicht flächendeckend verankert ist, hat das zu herben Niederlagen bei Landtagswahlen geführt.
Dass DIE LINKE gebraucht wird und auch zu gebrauchen ist, hat sie erst kürzlich in Brandenburg bewiesen. Die Zustimmung der rot-roten Regierungskoalition zum Bürgerbegehren Nachtflugverbot am BER ist nicht nur ein Erfolg der Bürgerinitiativen, sondern auch der LINKEN, die sich für dieses Anliegen massiv bei ihrem Koalitionspartner SPD stark gemacht haben. Wie die SPD ohne den Einfluss eines linken Koalitionspartners in dieser Frage agiert, kann in Berlin beobachtet werden. Dort hat der mit der CDU regierende Bürgermeister Wowereit die Zustimmung der Brandenburger Koalition zum Bürgerbegehren scharf kritisiert.
DIE LINKE wirkt auch auf anderen Politikfeldern. Vieles von dem, was heute öffentlich diskutiert wird, wurde zuerst von der LINKEN in die Debatte eingebracht. DIE LINKE steht für eine friedliche Außenpolitik, für die Überwindung von Hartz IV, für die Rücknahme der Rente mit 67, für eine Angleichung der Löhne und Renten in Ost und West, für eine gerechte Steuerpolitik sowie für die Regulierung der Finanzmärkte.
Dass sich DIE LINKE überflüssig macht, entspringt eher dem Wunsch der politischen Mitbewerber als der tatsächlichen politischen Lage in der Bundesrepublik. Im Übrigen kann man die anderen im Bundestag vertretenen Parteien nicht im Parlament allein lassen, wenn es um grundsätzliche Debatten, wie Kriegseinsätze der Bundeswehr oder Bankenrettung, geht. Ohne die Positionierung der LINKEN gäbe es nur den argumentativen Einheitsbrei der Kriegseinsatz-Befürworter und Banken-Retter von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen.

D.Golze (MdB)

Spannende Tage im Landtag

BER-Problematik und Behindertengleichstellungsgesetz

Meine ersten Wochen im Brandenburger Landtag waren geprägt von vielen neuen Eindrücken. Nachdem es auf der Dezembersitzung 2012 um die Haushaltsdebatte zu einem nicht alltäglichen Doppelhaushalt 2013/2014 ging, wurde der Jahresbeginn 2013 noch spannender. Das Jahr begann mit einem politischen Paukenschlag. Am 14. Januar kam der Landtag zu einer außerplanmäßigen Sitzung zusammen. Einziges Thema war die Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten zu den Vorgängen rund um den Flughafen BER. Am Ende wurde Matthias Platzeck das Vertrauen, auch von mir, ausgesprochen. Nach meiner festen Überzeugung muss es jetzt darum gehen, den Flughafen endlich für die Menschen unserer Region nutzbar zu machen. Dass der Ministerpräsident unseres Landes dafür das Heft des Handelns in die Hand nimmt, ist begrüßenswert. Unsere Landtagsfraktion arbeitet daran, einen Kompromiss mit den Initiatoren des Volksbegehrens für mehr Nachtruhe zu erreichen. Daneben gab es weitere wichtige Entscheidungen im Landtag. So wurde auf der turnusmäßigen Sitzung im Januar das Behindertengleichstellungsgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz bringt für die Betroffenen deutliche Verbesserungen mit sich. Die zwei wichtigsten Neuerungen sind die direkte Zugrundelegung der UN-Behindertenrechtskonvention und die Ausweitung des gesetzlichen Geltungsbereiches auf die Kommunen. Dies ist ein enormer Schritt nach vorn, denn die Menschen mit Behinderung – immerhin 400.000 im Land und über 11.560 (Stand 31.12.2011) in Brandenburg an der Havel – leben ja in den Kommunen. Insoweit haben die Kommunen jetzt eine Verantwortung, die nicht mehr nur auf das Land zu schieben ist. Konkret verbessert das Gesetz die Lage in mehreren Punkten. So z. B. ist die Kostenübernahme der Gebärdensprachdolmetschung durch das Land jetzt Gesetz. Sie gilt nun auch für den Bereich Kindertagesstätten und Schulen. Des Weiteren fand die so genannte Beweislastumkehr Eingang in das Gesetz. Künftig muss in einem Streitfall die Gegenseite die Vermutung einer glaubhaft gemachten Diskriminierung widerlegen und nicht der Betroffene eine etwaige Diskriminierung nachweisen. Übrigens müssen die Maßnahmen der Kommunen in diesem Bereich nicht immer gleich Geld kosten. Klar ist aber auch, dass die Verbesserungen nicht auf Knopfdruck herzustellen sind. Eine konkrete Maßnahme wäre die Erarbeitung eines Teilhabeplanes. Dies kann nur in Abstimmung mit den Betroffenen, ihren Angehörigen, dem Behindertenbeirat, dem Seniorenbeirat und weiteren Beteiligten geschehen.



René Kretzschmar (MdL DIE LINKE.)

Kolumne

Die Mühen der Ebene

Zukunft des Frauenhauses endlich dauerhaft zu sichern, die nun Früchte tragen und im kommenden Jahr dazu führen werden, die langwierige Standortsuche und die materielle Sicherstellung des Hauses auf sichere Füße zu stellen. Durch den Aufbau eines Internetportals zur Vergabe von Kitaplätzen wird die Planungs- und Vergabesicherheit für die Eltern und für die Verwaltung deutlich verbessert, transparenter gemacht und unnötige, das Bild verzerrende Mehrfachanmeldungen werden vermieden. Im Bereich Jugendförderung wurden allein 80000 Euro für die Jugendsozialarbeit akquiriert, um einen Stellenabbau zu verhindern. Über die Perspektive von „Wildo 19“ wird mit der Zielstellung neu beraten, den Erhalt weiter zu gewährleisten. Dies sind nur einige Beispiele für die aktive Mitgestaltung der Stadtpolitik durch die LINKEN.
Nun wissen wir natürlich, dass unsere tägliche politische Kleinarbeit für die örtliche Presse nicht von Interesse ist. Da wird lieber über die Beschäftigungsverhältnisse und -pläne einzelner LINKER – und übrigens nur der LINKEN – spekuliert. Da ergeht man sich in Verdächtigungen und Halbwahrheiten. Zum Glück haben wir mit unserer Havelbrandung ein Medium, das die Bürgerinnen und Bürger über linke Politik unvoreingenommen informiert. Zugegeben ist auch diese Sichtweise subjektiv, aber sie ist wenigstens frei von Häme und versteckten Unterstellungen und damit ein wohltuender Gegenpart zu dem in der Presselandschaft um sich greifenden Boulevardstil.

L. Krakau
Kreisvorsitzender DIE LINKE Brandenburg/H.

+++ www.rene-kretzschmar.de +++

Wasser - ein Geschenk der Natur?

Protest muss weitergehen

DIE LINKE sagt nein zur Wasserprivatisierung

Privatisierungen und Liberalisierungen haben in den letzten Jahrzehnten in Deutschland und anderswo immer wieder Nachteile für die Bürgerinnen und Bürger und Vorteile für Konzerne und Industrie gebracht. Ob Stromversorgung, Bahn, Krankenhäuser oder Wohnungsbau: Überall, wo der Staat sich aus seiner Verantwortung gezogen und dem freien Markt das Feld überlassen hat, wurde es teurer für die Menschen und meist sank trotzdem die Qualität der Leistungen.

Durch eine Entscheidung des Europäischen Parlamentes droht nun die Privatisierung der Wasserversorgung. Sollte eine neue Richtlinie in Kraft treten, müssen Kommunen zukünftig bei der Vergabe von Konzessionen u.a. für die städtische Wasserversorgung ab einer Auftragshöhe von 8 Millionen Euro diese europaweit ausschreiben, wenn die Dienstleistung nicht zu 80 % für die Kommune erbracht und der Versorgungsbetrieb nicht im kommunalen Haushalt konsolidiert wird. Damit würde die Privatisierung von Wasser möglich gemacht. Die Richtlinie wurde von Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten im Binnenmarktausschuss durchgewinkt werden. DIE LINKE stimmte dagegen. Denn wir sagen: Wasser ist ein Grundrecht und darf deswegen nicht Gewinnstreben und Profitorientierung unterworfen werden.

Bereits vorhandene Negativbeispiele sprechen für sich. Seit in London vor über 10 Jahren die Wasserversorgung privatisiert wurde, spart das zuständige Unternehmen, wo



Caren Lay (MdB DIE LINKE.) stellvertretende Bundesvorsitzende

es kann. Die Folge sind schlecht gewartete Rohre und dadurch immer mehr Rohrbrüche sowie ein überdurchschnittlich hoher Versickerungsanteil. Und natürlich stiegen trotzdem die Preise für die Verbraucher. Ähnlich ist es in Portugal. Dort sind in einigen Gemeinden die Wasserpreise um bis zu 400 Prozent angestiegen.

Noch immer haben ca. 2 Millionen Menschen in Europa keine angemessene Trink- und Abwasserversorgung. Weltweit besitzen 800 Millionen Menschen keinen Zugang zu Wasser und über 2 Milliarden haben keinen Zugang zum Abwassersystem. DIE LINKE fordert daher, alle Bestrebungen zur Privatisierung von Wasser zu stoppen. Wettbewerb ist das falsche Instrument für die Güter öffentlicher Daseinsvorsorge.

Im Frühjahr wird die Richtlinie im Europaparlament behandelt. Und da der Ministerrat der Mitgliedstaaten ebenfalls zustimmen muss, besteht noch Hoffnung auf Ablehnung. DIE LINKE wird sich auf allen Ebenen gegen den Privatisierungswahn wehren und hofft auch weiterhin auf massiven Druck der Bürgerinnen und Bürger. Fast eine Million haben bereits auf der Homepage www.right2water.eu unterschrieben. Der Parteivorstand der LINKEN unterstützt die Petition und ruft CDU, FDP und SPD dazu auf, ihren Abgeordneten zu empfehlen, nicht zuzustimmen. Wasser muss in der demokratischen Kontrolle der öffentlichen Hand bleiben.

Caren Lay, stellvertretende Parteivorsitzende

Wasser ist keine Ware!

Zuerst die gute Nachricht: Eine europaweite Petition hat zum ersten Mal die magische Grenze von einer Million Unterstützerinnen und Unterstützern überschritten. Angestoßen von den europäischen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – eine von ihnen ist ver.di – will sie verhindern, dass die Kommission der Europäischen Union das Tor für die Privatisierung der Wasserversorgung weiter öffnet. Heute sind die entsprechenden Unternehmen weit überwiegend noch in öffentlicher Hand. So in Brandenburg an der Havel, aber nicht in Berlin. Und die Berliner können ein Lied davon singen, wie rasant ihre Wasserpreise seit der Privatisierung gestiegen sind.

Nun die schlechte Nachricht: Die Kommission muss sich jetzt noch einmal mit der Verordnung befassen, aber ändern muss sie ihren Beschluss nicht. Es ist also dringend geboten, bis zum Ende der Laufzeit der Petition im Oktober noch weiter Unter-



schriften zu sammeln. Um die Kommission zur Vernunft zu zwingen, muss die Kampagne für die Petition weiter geführt werden. Und wer glaubt, dies sei so eine typische „linke“ Spinnerei, dem sei gesagt, dass auch der Deutsche Städtetag und sogar die bayrische CSU die Wasserprivatisierung ablehnen. Und da reiht sich die Brandenburger LINKE gerne ein. DIE LINKE fordert übrigens auch die BRAWAG auf, sich an der Kampagne zu beteiligen, wie dies z. B. die kommunalen Wasserwerke der Stadt Karlsruhe tun. Über andere Möglichkeiten, die Nicht-Privatisierung des Wassers zu unterstützen, und über weitere Aktionen wird derzeit diskutiert – wir informieren Sie zeitnah.

R. Scholz

Zu viel Wasser in der Region

Kreistagsfraktion DIE LINKE thematisierte Vernässung des Siedlungsraums

Die zunehmende Vernässung des Siedlungsraums ist ein Problem, mit dem inzwischen auch viele Havelländer konfrontiert sind. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig, wie die Teilnehmer einer Beratung mit der havelländischen Kreistagsfraktion DIE LINKE resümierten. Im Vorfeld hatte die Fraktion gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Christian Görke zu einem Vor-Ort-Termin geladen. In welchem Ausmaß die Bürger von den hohen Wasser- und Grundwasserständen in der Region betroffen sind, berichteten u.a. Klaus-Dieter Metzner, Mitglied der Rathenower Bürgerinitiative gegen Grundhochwasser, und Landwirt Siegfried Schuhmacher von der Bürgerinitiative aus Fohrde. Während in Rathenow zahlreiche Hausbesitzer mit nassen Kellern zu kämpfen haben, leiden die Landwirte an der Unteren Havel unter einem zu hohen Staupegel, so dass ihre Wiesen bis teilweise weit in den Sommer unter Wasser stehen. Gerhard Löper, Chefhydrologe des Wasser- und Schifffahrtsamtes Brandenburg (WSA), machte deutlich, dass die Stauziele der Havel vom Staubeirat in Abstimmung mit den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Havelland sowie der Stadt Brandenburg festgelegt werden. Seine Behörde setze die Vorgaben lediglich um. Darüber hinaus ist das WSA verantwortlich, die Unterhaltung des Wasserweges der Havel sicherzustellen. Als eine Ursache für die Grundhochwasser-Problematik in Rathenow sowie im Bereich des Rhin-/Havelluchs und im Marzahner Fenn wurde die unzureichende Pflege der Grabensysteme und Meliorationsanlagen in den letzten Jahrzehnten genannt. Die zuständigen Wasser- und Bodenverbände können die notwendigen Arbeiten aufgrund ihrer chronischen Unterfinanzierung nicht ausreichend leisten. Mehr Niederschläge seit 2007 sowie ein Rückgang des Trinkwasserverbrauchs gegenüber DDR-Zeiten sind weitere Ursachen für die zunehmende Vernässung. Bei der Problemanalyse wollen es die Abgeordneten der Linksfraktion nicht belassen. „Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Belange der Betroffenen bei wasserwirtschaftlichen Konzepten und naturschutzrechtlichen Vorgaben einen höheren Stellenwert erhalten. Außerdem müssen die zuständigen Akteure ein flexibleres Wassermanagement betreiben“, so Fraktionsvorsitzender Harald Petzold. Die Kreistagsfraktion wird aus den Ergebnissen der Beratung ein Positionspapier entwickeln und Anträge in den Kreistag einbringen. Darüber hinaus wird sie auf ihrer Internetseite über die aktuellen Entwicklungen und wichtige Termine informieren.

F. Hübner



(Mit)demonstrieren, (mit)bilden, (mit)kämpfen

In Brandenburg/Havel tagte die Landesmitgliederversammlung der Linksjugend `solid

Treffpunkt Brecht-Gymnasium

Als die Vertreter der Linksjugend 'solid dem Kreisverband der LINKEN in Brandenburg an der Havel signalisierten, dass sie bei der Findung einer geeigneten Tagungsstätte für ihre Landesmitgliederversammlung (LMV) am ersten Februarwochenende Unterstützung brauchten, war klar, dass es von Seiten der Stadtverwaltung Widerstände gab. Erst nach persönlicher Rücksprache von Lutz Krakau mit dem Direktor des Brecht-Gymnasiums Dr. Schröder wurde der Veranstaltung grünes Licht gegeben. Den jungen Leuten standen die Aula, die Küche und zum Schlafen vier Klassenzimmer zur Verfügung. „Ein Klassenzimmer nur für Frauen, eins für Schnarcher, eins für Frühaufsteher und eins für Langschläfer“, kommentierte ein Mitglied des Organisationsteams. Die Veranstaltung begann am Freitagabend mit einer Spiele- und Kennenlern-Runde, auf der die Neuen willkommen geheißen wurden; einige davon füllten erst vor Ort ihre Beitrittserklärung aus. Damit verfügt der Landesverband nun über 190 Mitglieder.

Auf Wunsch mit Wurst

Am Sonnabendmorgen schaute eine Abordnung des Stadtvorstandes vorbei. Die Langschläfer waren gerade aus ihren Schlafsäcken gekrochen, während die Frühaufsteher schon tatendurstig in der Aula an den im Karree aufgestellten Tischen saßen. Zwei junge Männer schälten Kartoffeln. Zum Mittagessen würde es Kartoffelsuppe geben, „auf Wunsch mit Wursteinlage, ansonsten vegetarisch“. Die Verpflegung Marke Eigenbau sei übrigens auf den 'solid-Treffen immer sehr lecker.



„Männer an den Herd"

Beschlüsse, Workshops, Wahlen

Was da so nach Spontaneität und Improvisation klingt, folgte doch einer stringenten Regie, denn immerhin ging es um die Jahresplanung. Motto: „(mit)demonstrieren, (mit)bilden, (mit)kämpfen“. So wurde eine Jugendverbands-Kampagne beschlossen und es gab thematische Workshops, z. B. zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie zur Layoutgestaltung für Flyer und Plakate. In diesem Kontext wurden, oft nach spannenden und auch kontroversen Debatten, eine Reihe von wichtigen Beschlüssen gefasst:

- die Unterstützung von LINKEN Kandidaten für den Bundestag,
- die Forderung nach einer Mindestausbildungsvergütung von 650 Euro für Azubis,
-die Bekundung von Solidarität mit dem Potsdamer Archiv und als ersten Schritt die Unterstützung der nötigen Umbauarbeiten mit 400 Euro.

Zudem stand die Wahl der Delegierten zum Bundeskongress der Linksjugend vom 26.-28.04. in Magdeburg auf dem Programm.

Dr. U. Sändig, C. Kühnl

Energiewende, aber verbindlich für alle!

Die großen Medien berichten in den letzten Monaten verstärkt über die horrenden Kosten der Energiewende – und tatsächlich kommen auch bei Ihnen und mir die Mehrkosten an. Nur, muss diese Weitergabe wirklich sein? DIE LINKE sagt nein und die Begründung dürfte jedermann einleuchten: Es gibt zu viele Ausnahmen von der Strompreisumlage, besonders für energiefressende Großunternehmen. Stahlwerke, Werften etc. wollen die Investitionen, die unsere Gesellschaft weg von Atomkraft und klimazerstörenden Kohlekraftwerken führen sollen, nicht mittragen. Leider zeigt die Arbeit ihrer Lobbyisten in Berlin Erfolg und statt der Aktionäre dieser Firmen muss die Allgemeinheit die Kosten tragen. Hier ist DIE LINKE gefragt; eine sozial motivierte Änderung der Energiepolitik auf Bundesebene muss her, denn ein Weiter-So mit einer Fortsetzung der Energiepolitik unter Merkels CDU oder auch unter Steinbrücks SPD würde sonst Realität werden. Und ein weiterer Punkt muss dem Kabinett Merkel ins Stammbuch geschrieben werden: Es wäre Zeit für eine zweite Abwrackprämie. Diesmal aber nicht für Autos, sondern für Kühlschränke, Waschmaschinen, Trockner und andere Haushaltsgeräte. Modernste Geräte verbrauchen nicht nur deutlich weniger Energie, sondern können in Zukunft auch Energie intelligent dann abfragen, wenn diese besonders günstig zu haben ist. Unsere Haushalte sollen also ein Eigenleben entwickeln, die Geräte sich von allein in der Nacht anschalten und ihren Job machen, wenn wir quasi im Schlaf Strom sparen können und dieser dadurch billiger ist. Auch bei diesem technischem Aspekt der Energiewende fehlt es vor allem am politischen Willen und weniger am Geld. Bleibt zu hoffen, dass uns ein böses Erwachen erspart bleibt.

C. Kühnl

Rührriger denn je

Aktivitäten der Senioren-AG 2012

Unsere Senioren-AG hat ihre Tätigkeit auch nach ihrem 20-jährigen Bestehen im Dezember 2011 kontinuierlich fortgesetzt. Ein gelungener Auftakt für 2012 war die Gesprächsrunde mit der Bundestagsabgeordneten Diana Golze. Am 21. März folgte eine gründliche Auswertung der Gesamtmitgliederversammlung vom 17.03.2012 zu den kritikwürdigen Vorgängen in der Linksfraktion unter Teilnahme des damaligen Stadtvorsitzenden René Kretzschmar. Am 20. Juni 2012 fand eine gemeinsame Diskussionsrunde mit der BO Neustadt zu den Ergebnissen des Bundesparteitages der LINKEN in Göttingen statt, Gast war der Parteitagsdelegierte Lutz Krakau. Auf Initiative unseres AG-Mitglieds Paul Erdmann und in Zusammenarbeit mit dem Klinikum wurden die Verkehrsbetriebe Brandenburg veranlasst, die Kapazitäten für den Transport von Rollstühlen und Gehwagen angemessen zu erhöhen, sodass auch die Bürger vom Stadtteil Nord zum neuen Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof fahren können. In der MAZ vom 20.07.2012 erschien dazu ein Artikel unter der Überschrift "Mehr Platz für Rollatoren in den Bussen". Aber auch die Kultur kam nicht zu kurz. Davon zeugt:

- die Ausfahrt am 03.05. 2012 zur Baumblüte in Werder,
- der Lichtbildervortrag von Anneliese Winkelmann am 16.05.2012 über Thailand,
- die gemeinsame Seenrundfahrt am 14.06.2012 mit der Seniorengruppe des Beamtenbundes,
- der Besuch der Sonderausstellung "Ihre letzte Schlacht" am 22.08.2012 im Pauli-Kloster,
- der Besuch der Ausstellung über Friedrich II am 10.10.2012 im Brandenburger Stadtmuseum.



Lutz Krakau dankt Otto Mehlhaase für seine langjährige Aktivität

Mit der Potsdamer Autorin Christa Koczik wurde vereinbart, die für Ende 2012 geplante Buchlesung auf ihre Bitte hin erst im Frühjahr 2013 durchzuführen.

In der September-Beratung erklärte Genosse Jürgen Vogler seine Bereitschaft, ab Januar 2013 die Leitung der Senioren-AG zu übernehmen.

O. Mehlhase
Sprecher der Senioren-AG

Anmerkung der Redaktion HB: Otto Mehlhase beendet mit 80 Jahren seine verdienstvolle Sprechertätigkeit. Sein Fazit spricht für sich: „Ich beende diesen Bericht in der Überzeugung, dass wir unsere seniorenpolitische Arbeit auch im kommenden Jahr gemeinsam und erfolgreich fortsetzen werden.“

Es ist immer noch besser, ein eckiges Etwas zu sein als ein rundes Nichts. (Tucholsky)

Kontinuität einer mörderischen Ideologie

Gedenkspaziergang anlässlich des Todestages von Sven Beuter

Am 15. Februar 1996 wurde der Brandenburger Punk Sven Beuter von dem bis heute bekennenden Neonazi Sascha Lücke brutal zusammengeschlagen. Nach mehreren Tagen im Koma erlag er schließlich schweren Verletzungen. Wie in den vergangenen Jahren rief das Antifaschistische Netzwerk Brandenburg – Premnitz – Rathenow (AFN) für den 17. Februar zum Gedenken an Sven Beuter auf. Unterstützt durch die Brandenburger Antifa (BAF), die Jüdische Gemeinde, den Verein der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und DIE LINKE sollten in diesem Jahr jedoch neue Wege der Gedenkkultur eingeschlagen werden. Während in den vergangenen Jahren „lediglich“ eine Kundgebung in der Havelstraße, dem Ort des Verbrechens, abgehalten wurde, fand dieses Mal ein Gedenkspaziergang mit gut 50 Teilnehmern statt.

Feliks Byelyenkow, der Vorsitzende der hiesige Jüdischen Gemeinde, gab den Interessierten auf dem Jüdischen Friedhof und auf dem Gelände der alten Synagoge in der Großen Münzenstraße einen spannenden Einblick in jüdische Traditionen. An der Euthanasiegedenkstätte am Nicolaiplatz hob René Kretzschmar hervor, dass die Verbrechen heutiger Neonazis nur im Kontext des Vernichtungswahns des Dritten Reiches gedacht werden können. Alte wie neue Nazis unterschieden zwischen „wertem“ und „unwertem“ Leben und glaubten damit die Ermordung von Menschen legitimieren zu können. „Dass der Mord an Sven Beuter kein singuläres Ereignis ist, dass Rassismus, Faschismus, Nationalismus und Antisemitismus mordende Ideologien sind, zeigt nicht nur ein Blick auf die Geschichte der BRD“, so ein Sprecher des AFN auf der Abschlusskundgebung, „sondern auch die Liste von mehr als 150 Todesopfern (neo-)nazistischer Gewalt seit der Wiedervereinigung.“ „Wir ehren Sven Beuter am besten, indem wir nicht zulassen, dass sich so eine Tat wiederholt“, gab Alfons Wichterei vom VVN-BdA den Anwesenden mit auf den Weg. Von der Stadtspitze um Oberbürgermeisterin Tiemann nahm im übrigen niemand an der Veranstaltung teil, doch diese traurige Tatsache ist uns ja schon aus den vergangenen Jahren bekannt...



Felix Beljenko erläutert den Teilnehmern Details des Jüdischen Friedhofs

Der Gedenkspaziergang war ein notwendiger erster Schritt, Erinnerungskultur in Brandenburg neu zu denken. Deshalb ist auch die geplante Verlegung von Stolpersteinen in der Havelstadt ein äußerst unterstützenswertes Vorhaben. Vorerst soll an vier Menschen erinnert werden, die von den Nazis im Dritten Reich ermordet wurden, darunter die Gewerkschafterin und Kommunistin Gertrud Piter. Der Frechener Künstler Gunter Demnig verlegt Messingblöcke mit dem Namen des Opfers vor dessen letztem freiwilligen Wohnsitz. Bereits mehr als 30 Städte im Land Brandenburg ehren auf diese Weise Opfer des Nationalsozialismus, so auch Rathenow und Potsdam.

Als eine weitere Anregung könnte der Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg vom vergangenen Jahr dienen. Der Berliner Hausbesetzer und linke Aktivist Silvio Meier wurde im November 1992 von Neonazis erstochen. Die BVV beschloss nun die Umbenennung der Gabelsbergerstraße in Silvio-Meier-Straße. Dies sollten wir zum Anlass für einen Aufruf an die Stadtverwaltung nehmen, ein Verfahren in die Wege zu leiten, um die Havelstraße in Sven-Beuter-Straße umzubenennen. So könnte der neonazistische Mord an diesem jungen Menschen im kollektiven Bewusstsein der Brandenburger verankert werden.

D. Herzog

„Wie die Schlacht am kalten Buffet“

Zweite Stadtteilkonferenz der Fraktion DIE LINKE

„Die Zukunft der Bahnhofsvorstadt – jetzt mitreden!“, unter diesem Motto stand die zweite Stadtteilkonferenz der Fraktion DIE LINKE in der Brandenburger SVV. Etwa 50 Interessierte versammelten sich am 21. Februar im Lighthouse, dem Obergeschoss des Re-Generationenhauses am Hauptbahnhof, um sich vor allem über bauliche und verkehrstechnische Änderungen im Quartier zu informieren.

Die Konferenz, die René Kretzschmar, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Brandenburger SVV und Mitglied des Potsdamer Landtags, moderierte, war wieder prominent besetzt. Rede und Antwort standen der Baubeigeordnete Michael Brandt, Werner Jumpertz, Chef der hiesigen Verkehrsbetriebe, und Klaus Deschner, Geschäftsführer der WOBRA.

„Die Entwicklung am Bahnhof wurde bewusst gebremst“, so Brandt während seiner Ausführungen, „um zuerst die Innenstadt und deren Einzelhandel zu fördern.“ Nun käme es vor allem darauf an, bis 2015 das Stadtbild auf den BUGA-Routen zu verbessern. „Wir haben eine vernünftige Situation geschaffen“, konstatierte Deschner mit Blick auf die am Bahnhof entstandenen Gebäude, das Re-Generationenhaus und das Medizinische Versorgungszentrum. Links davon, dort wo sich heute noch eine als Parkplatz genutzte Brache befindet, plane die WOBRA ein markantes Gebäude mit Büros, Läden und Wohnungen für Wohngruppen. So bekomme das Areal vor dem Bahnhof einen echten Platzcharakter. „Der Bahnhof selbst soll bis Ende des Jahres fertig sein“, gab Jumpertz das ehrgeizige Ziel bekannt. Bereits Ende Mai, spätestens Anfang Juni rechne er mit der Fertigstellung des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) westlich des Hauptbahnhofs.



Aufmerksam lauschen die Zuhörer den Ausführungen zur Bahnhofsvorstadt

Die Wortmeldungen aus dem Publikum drehten sich hauptsächlich um ein gewünschtes Parkhaus, die mögliche Verschlechterung des Wohnumfelds durch das geplante Bürohaus und die Verkehrsbelastung sowie die unbefriedigende Parkplatzsituation für die Bewohner der Kleinen Gartenstraße. „Das ist wie die Schlacht am kalten Buffet“, verbildlichte eine Anwohnerin den täglichen Kampf um einen Parkplatz in dieser Straße und forderte, daraus eine Einbahnstraße zu machen. Jumpertz erklärte dazu, eine Einbahnstraße würde das Verkehrsaufkommen durch zusätzliche Wege eher noch erhöhen, jedoch könne man über eine nur für Anwohner der Kleinen und Großen Gartenstraße geltende Parkgenehmigung nachdenken. Schließlich wurde von mehreren Anwohnern die Wieder-Installation des Wandmosaiks von Emil Spieß gefordert., das für die Havelstädter einen hohen Identifikationswert habe. Das Mosaik zierte bis vor wenigen Jahren die mittlerweile abgerissenen Wohnblöcke am Bahnhof und wurde vorerst bei der WOBRA eingelagert.

René Kretzschmar kündigte zum Schluss die nächste Stadtteilkonferenz an, die in wenigen Monaten in Hohenstücken stattfinden soll.

Daniel Herzog

Neues Projekt: Jugendfreizeitpark

Landtagsabgeordneter Christian Görke besuchte Diakonisches Werk Havelland e.V.

Im Rahmen seiner Wahlkreistätigkeit besuchte der Rathenower Landtagsabgeordnete Christian Görke kürzlich das Diakonische Werk Havelland e.V. und führte ein Arbeitsgespräch mit Geschäftsführer Guido Panschuk. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Jugendarbeit, in der sich die Diakonie Havelland seit 2007 engagiert. Görke begrüßte, dass die Diakonie als Träger für den geplanten Jugendfreizeitpark auf dem ehemaligen Gelände des Reitplatzes in Rathenow fungiert. Den entsprechenden Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Rathenow und dem Diakonischen Werk beschlossen die Stadtverordneten auf ihrer Sitzung am 13. Februar 2013.



Christian Görke (MdL DIE LINKE.) mit den Mitarbeitern der Diakonie

Kathrin Wittek, Streetworkerin bei der Diakonie, berichtete, dass als erstes konkretes Projekt im Jugendfreizeitpark eine so genannte Wellenbank errichtet werden soll. Diese Bank bietet ca. 20 Personen Platz als Treffpunkt und zum Ausspannen. Da die Wellenbank ein Fundament braucht, regte Christian Görke an, Lottomittel zur Finanzierung zu beantragen.

Grundsätzlich sollen im Jugendfreizeitpark Beteiligungsprojekte realisiert werden. „Das heißt, die Jugendlichen werden bei der Entscheidung, was entstehen soll, gefragt und arbeiten bei der Realisierung unter fachlicher Anleitung mit“, so Kathrin Wittek. Weitere Projekte sind angedacht, u.a. eine Dirtbahn für BMX- bzw. Mountainbike-Fahrer, ein Beachvolleyballfeld sowie eine Graffiti-Wand.

Beim Thema Schulsozialarbeit stimmten Panschuk und Görke überein, dass dieses notwendige Angebot endlich auf solide Füße gestellt werden muss. Christian Görke würdigte das Engagement der lokalen Akteure, die z. B. unter Nutzung von Arbeitsförderungsinstrumenten die Schulsozialarbeit sicherstellen. Grundsätzlich sei eine Regelung auf Bundesebene erforderlich, so Görke. In diese Richtung zielt eine Initiative der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, Schulsozialarbeit im Jugendhilferecht des Sozialgesetzbuches VIII als Regelleistung in einem neuen Paragraphen zu verankern. Zudem müsse es einheitliche Qualitäts- und Ausstattungsstandards geben und es sollen qualifizierte Beschäftigte mit unbefristeten Arbeitsverträgen zum Einsatz kommen, so die Forderung der Linksfraktion in ihrem Antrag.

F. Hübner

Schulsozialarbeit gesichert

Antrag der Linksfraktion zur Kofinanzierung erfolgreich

Schulsozialarbeit ist heutzutage unverzichtbar. Darauf verwies kürzlich Ralph Stieger, Schulleiter der Grundschule „Otto Seeger“, beim Besuch des Landtagsabgeordneten Christian Görke. Allerdings gibt es seit Beginn des laufenden Schuljahres an der Bildungsstätte in Rathenow-West keinen Schulsozialarbeiter mehr. Die bisherige Stelle, die über den so genannten Kommunalkombi finanziert wurde, lief im Sommer 2012 aus. Dieses Problem besprach Christian Görke mit Abgeordneten der Linksfraktion in der SVV Rathenow und suchte nach einer Lösung.

Zur jüngsten Stadtverordnetenversammlung Anfang Februar legte die Linksfraktion einen Antrag vor, wonach die Stadt Rathenow eine Schulsozialarbeiter-Stelle an der Grundschule in Rathenow-West kofinanziert. Die Stadt steuert 25 Prozent der Lohnkosten des Stelleninhabers bei; 75 Prozent der Lohnkosten werden über den so genannten Havelland-Kombi, ein arbeitsmarktpolitisches Instrument des Landkreises Havelland, sichergestellt.

In der Begründung des Antrages sagte Görke: „Die Stadt Rathenow hat sich bisher in vorbildlicher Weise bei der Finanzierung von Schulsozialarbeit-Stellen engagiert, auch wenn dies nicht zu den städtischen Pflichtaufgaben gehört. Zwar muss die Stadt demnächst mit einem Haushaltssicherungskonzept arbeiten, dennoch ist die Kofinanzierung einer Stelle mit dem Havellandkombi verantwortbar. Dafür werden monatlich ca. 350 Euro benötigt.“ Der Antrag der Linksfraktion fand eine breite Zustimmung in der SVV.

F. Hübner

Vergütung weiterhin viel zu niedrig

Neue Richtlinie für havelländische Tagespflegepersonen in der Diskussion



Wolfgang Hundt, Kreistagsabgeordneter der LINKEN in Havelland

Eigentlich wollte die Kreisverwaltung Havelland schon im vorigen Jahr eine überarbeitete Richtlinie zur Förderung der Kindertagespflege im Landkreis Havelland vorlegen. Die Verzögerung wurde von der Linksfraktion wiederholt kritisiert. Seit Anfang Januar liegt die Richtlinie nun vor. Sie stößt allerdings auf scharfe Kritik von Tagesmüttern, weil insbesondere die überfällige Erhöhung der Tagespflegepauschale viel zu gering ausfällt. Nach der bisherigen Richtlinie liegt der Stundensatz für eine Acht-Stunden-Betreuung pro Kind bei 2,24 Euro. Im neuen Entwurf sind 2,36 Euro vorgesehen. Viel zu wenig, um als Tagespflegeperson existieren zu können, sagt Jana Kutschan, die in Rathenow als Tagesmutter tätig ist. Deshalb wandte sie sich an die Linksfraktion im Kreistag Havelland um Unterstützung.

In einem Gespräch mit Wolfgang Hundt, Kreistagsabgeordneter und Mitglied im Jugendhilfeausschuss, erläuterte Jana Kutschan die Sichtweise der betroffenen Tagesmütter. Zwar sei im Entwurf der neuen Richtlinie erstmals eine Formulierung enthalten, wonach der Betreuungsbeitrag „die Existenzsicherung der Tagespflegeperson“ realisieren soll, aber dafür reiche der Beitrag auf keinen Fall aus. Des Weiteren wird aus den Reihen der Tagesmütter kritisiert, dass Berufserfahrung bei der Vergütung keine Rolle spiele.

„Wir werden uns in den Beratungen der vorliegenden Richtlinie im Jugendhilfeausschuss und im Kreistag einbringen, um die berechtigten Forderungen der Tagespflegepersonen stärker als bisher zur Geltung zu bringen“, so Wolfgang Hundt. Als möglichen Orientierungswert für die Festsetzung des Betreuungsbeitrages sieht er 4,80 Euro. Dieser Richtwert stammt aus einer Expertise, die der Bundesverband der Tagesmütter in Auftrag gegeben hat.

W. Hundt

Je länger der Mensch Kind bleibt, desto älter wird er. (Novalis)

Gemeinwohl als Wirtschaftsziel

Alternatives Wirtschaftsmodell für mehr Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit

Wer heutzutage erfolgreich ein Unternehmen führen will, muss beinahe zwangsläufig auf Konkurrenzdenken und Egoismus setzen. Nur auf diese Weise lassen sich Gewinne erwirtschaften. Dabei spielen nicht selten die Qualität der Produkte und das Befinden der MitarbeiterInnen keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Wir scheinen uns inzwischen so sehr an diese Art des Wirtschaftens gewöhnt zu haben, dass uns der Werteverfall in der Wirtschaft normal vorkommt. In zwischenmenschlichen Beziehungen sind uns Vertrauen, Liebe und Toleranz wichtig – merkwürdig, dass diese Werte so rein gar nichts mit unserem Wirtschaftssystem zu tun haben.

Ein Mann, der den Sinn wirtschaftlichen Handelns hinterfragt, ist Christian Felber. Der Österreicher sorgte mit seinem Buch „Die Gemeinwohl Ökonomie“ für die Entstehung einer ganzen Bewegung, die sich dem Gemeinwohl verschrieben hat.

Als das Buch im August 2010 erschien, war noch nicht klar, welch große Resonanz es auslösen würde. Die Gemeinwohl Ökonomie ist ein alternatives Wirtschaftsmodell, das den Finanzgewinn nicht mehr als Ziel unternehmerischen Handelns sieht. Vielmehr geht es um das Erreichen von sinnvollen Gemeinwohlkriterien: Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe sowie Transparenz. Unternehmen, die eine Gemeinwohlbilanz erstellen, achten zum Beispiel darauf, wie ihre Produkte hergestellt und wo zu verarbeitende Materialien eingekauft werden, wie sie mit ihren Mitarbeitern umgehen und ob das Preis-Leistungs-Verhältnis sozial gerecht ist. Außerdem lautet das Motto „Kooperation statt Konkurrenz“. Unternehmen sollen nicht länger gegeneinander arbeiten, sondern sich gegenseitig unterstützen. Für jedes Kriterium werden Punkte verteilt. Künftig sollen Unternehmen, die eine gute Gemeinwohlbilanz vorweisen, z. B. Steuervorteile genießen, günstige Kredite bekommen oder Vorrang bei Auftragsvergaben erhalten. Eine Finanzbilanz wird weiterhin erstellt, doch ist der finanzielle Gewinn nicht mehr das Wichtigste. „Die jährliche Finanzbilanz sagt nichts darüber aus, welche Qualität das Produkt oder die Dienstleistung hat oder ob die Mitarbeiter fair bezahlt werden“, erklärt Felber.

Soweit zur Theorie. Doch wie sieht es mit der Praxis aus? Derzeit haben bereits knapp 1.000 Unternehmen aus Österreich, Deutschland, Italien, der Schweiz und anderen Ländern ihre Gemeinwohlbilanzen erstellt. Ihnen geht es vor allem um den Prozess, darum zu beobachten, wie ihr Unternehmen wirtschaftet und was künftig verbessert werden kann.

Neben den Unternehmen, die ihre Gemeinwohlbilanzen erstellen, treffen sich etwa 3.500 Privatpersonen, Vereine und PolitkerInnen, um die Gemeinwohl Ökonomie zu unterstützen. Sie diskutieren über alternative Wirtschaftsmodelle, veranstalten Informationsabende und arbeiten an den Gemeinwohlkriterien. Denn die Gemeinwohl Ökonomie ist ein Modell, das sich mit großer Beteiligung weiterentwickeln soll. Die Gemeinwohl Ökonomie Bewegung ist eine Initiative der Bewusstseinsbildung für Systemwandel, die auf dem gemeinsamen, wertschätzenden Tun möglichst vieler Menschen beruht. Jeder kann sich mit seinen Fähigkeiten und seinem Wissen in den Prozess einbringen und ihn mitgestalten.

Aus diesem Grund haben sich in ganz Europa Personengruppen zusammengefunden, so auch in Berlin (Kontakt: http://berlin.gwoe.net/). Im Land Brandenburg gibt es bislang noch keine Regionalgruppe und auch keine Unternehmen, die sich an der Gemeinwohl Ökonomie beteiligen. Das könnte sich aber bald ändern!

Alle wichtigen Informationen finden sich im Buch „Die Gemeinwohl Ökonomie“ und auf der Internetseite **www.gemeinwohl-oekonomie.org**. Und wer weiß, vielleicht wird Brandenburg an der Havel eine der ersten Gemeinwohlstädte und das Havelland zum Gemeinwohlkreis?

S. Meier

Politik trifft Bildung

Nauener LINKE lud zum traditionellen Neujahrsempfang

DIE LINKE Nauen beginnt das neue Jahr seit einigen Jahren traditionell mit einem eigenen Neujahrsempfang, so auch in diesem Jahr. Unter dem Motto „Politik trifft Bildung“ folgten Verantwortungsträger aus Region und Land der Einladung der Nauener LINKEN. Zu den Gästen



Gerrit Große (MdL DIE LINKE. Brandenburg)

gehörten u.a. die beiden Kreisvorsitzenden der LINKEN im Havelland, Karin Heckert und Hendrik Öchsle, die Landesgeschäftsführerin der LINKEN, Andrea Johlige, und Harald Petzold, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im havelländischen Kreistag.

Als Ehrengast konnte die stellvertretende Landtagspräsidentin Gerrit Große begrüßt werden. Die Bildungsexpertin der Landtagsfraktion DIE LINKE gab zunächst einen informativen und interessanten Einblick in die brandenburgische Bildungspolitik. Sie sprach zu aktuellen bildungspolitischen Baustellen wie gemeinsames Lernen, Schüler-Lehrer-Relation und Inklusion. Dabei wurde deutlich, dass im Bereich der Bildungspolitik noch viele Herausforderungen zu bewältigen sind. Dies bestätigte sich dann auch in den Gesprächen mit Vertretern von Nauener Schulen und Bildungsverantwortlichen der Stadt. Dafür nahm sich Gerrit Große viel Zeit. Ihr reges Interesse an der Situation vor Ort wurde von den Anwesenden beifällig aufgenommen.

T. Lück

Nachfolger für Praxen gefunden

Dank an Volker und Gudrun Pohle

Mit großer Freude und Erleichterung haben viele Friesacker Bürger zur Kenntnis genommen, dass der Allgemeinmediziner Volker Pohle und die Physiotherapeutin Gudrun Pohle Nachfolger gefunden haben und ihre Praxen am 31. März 2013 übergeben werden. Das ist das Ergebnis einer monatelangen, hartnäckigen Suche und von Verhandlungen. Volker und Gudrun Pohle waren bemüht, die medizinische Versorgung und Betreuung ihrer Patienten für die Zukunft zu sichern. Dafür gebührt ihnen Dank.

Dennoch mischt sich zur Freude, dass die Praxen in neue Hände gegeben werden, auch Wehmut. Volker und Gudrun Pohle übten ihre verantwortungsvollen Berufe mit großer Einsatzfreude aus und nahmen sich Zeit für ihre Patienten. Dadurch gewannen sie Vertrauen und Achtung. Nach 45-jähriger Tätigkeit zum Wohle ihrer Patienten gehen sie nun in den wohlverdienten Ruhestand.

I. Faix, Dr. K.-H. Kühnau

Havelbus erhalten!

LINKE: Landräte müssen zielführend verhandeln

Nach dem Scheitern der Verhandlungen der Landkreise Havelland und Potsdam-Mittelmark zum Fortbestand der Havelbus Verkehrsgesellschaft (HVG) fordern die beiden Linksfraktionen in den Kreistagen beide Landräte auf, mit ihrer Auseinandersetzung um Vertragsfragen nicht den leistungsfähigen Personennahverkehr in der Region zu gefährden.

„Die Menschen hier brauchen angesichts des demografischen Wandels und erhöhter Anforderungen an die Mobilität mehr verlässliche, zielgruppengenaue, kundenfreundliche und bezahlbare Angebote sowie deren bessere Koordinierung, Vertaktung und Vernetzung. Dafür sollten sich die Beteiligungs-Gesellschafter mit all ihrer Kraft und ihren finanziellen Ressourcen endlich einsetzen“, so Harald Petzold, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Kreistag Havelland, und Thomas Singer, einer der Sprecher der Kreistagsfraktion in Potsdam-Mittelmark.

Die Beschäftigten von Havelbus brauchen Zukunfts- und Planungssicherheit sowie Wertschätzung ihres Tuns durch gute Löhne für gute Arbeit. Das kommunale Vermögen muss zum Wohle der Allgemeinheit verwendet werden, so die Forderung aus beiden Linksfraktionen.

Die Vertreter der Kreistagsfraktionen DIE LINKE erwarten von den Landräten in Bad Belzig und Rathenow weitere Verhandlungen mit dem Ziel des Erhalts der gemeinsamen Bus-Verkehrsgesellschaft. Sie fordern Transparenz für diese Verhandlungen und die Einbeziehung der Beschäftigten von Havelbus. Die Auseinandersetzung dürfe nicht zu Lasten der Mitarbeiter und Fahrgäste gehen.

F. Hübner

Kinder sind keine Soldaten

Rote-Hand-Aktion im Deutschen Bundestag

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind auf der Welt noch immer 250.000 Kindersoldaten im Einsatz. Sie werden in den Kriegen der Erwachsenen in tödliche Kämpfe geschickt, müssen lebensgefährliche Botengänge übernehmen oder Sklavendienste leisten. Weibliche Kindersoldaten werden häufig Opfer sexualisierter Gewalt. Hiergegen wurde kürzlich im Deutschen Bundestag ein Zeichen gesetzt. Die Kinderkommission des Bundestages – ihr gehört für die Linksfraktion die Rathenower Bundestagsabgeordnete Diana Golze an – lud in das Paul-Löbe-Haus zur Aktion „Rote Hand“ ein. An der Aktion nahmen auch Schülerinnen und Schüler der UNESCO-Projektschule „Bruno H. Bürgel“ aus Rathenow teil, die sich dem Thema Kindersoldaten bereits seit langem widmen.

Schon vor zwei Jahren wurden die Rathenower Bürgel-Schüler auf internationaler Ebene für ihr diesbezügliches Engagement ausgezeichnet. Die Organisation „Terre des hommes – Hilfe für Kinder in Not“ ehrte den Beitrag der Bürgelschule im Kampf gegen den Einsatz von Kindersoldaten. Am Aktionstag im Paul-Löbe-Haus sammelten die Bürgelianer mehr als 250 rote Handabdrücke von Bundestagsabgeordneten und Mitarbeitern des Bundestages.

„Die gesammelten roten Handabdrücke werden der UN-Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, Leila Zerrougui, als Ausdruck der Solidarität des Deutschen Bundestages mit den Kindersoldaten übersandt“, so Diana Golze, die den Schülerinnen und Schülern der Bürgelschule für ihren Einsatz bei der „Rote-Hand-Aktion“ im Bundestag herzlich dankte.

H. Öchsle



Auch Diana Golze und Gregor Gysi (beide MdB DIE LINKE.) beteiligten sich an der "Rote Hände-Aktion"

"Kadogos (Kindersoldaten) sind sehr gute Soldaten, sie denken an nichts anderes als an den Dienst. Sie dienen, ohne sehnsüchtig an eine Rückkehr zu Frau oder Familie zu denken. Und sie haben keine Angst."

Ein Rebellenoffizier aus dem Kongo

(Quelle: http://www.tdh-nrw.de)

Was Wann Wo

5. März	17.00 Uhr	Bürgersprechstunde Fraktion DIE LINKE Wustermark Begegnungsstätte Elstal, Ernst-Walter-Weg 6 in Elstal
7.März	19.00 Uhr	Mitgliederversammlung – BO Wustermark (Wahl einer/s Vorsitzenden) Begegnungsstätte Elstal, Ernst-Walter-Weg 6 in Elstal
10. März	15.00 Uhr	Frauentagsfeier DIE LINKE Nauen Gaststätte „Am Ritterfeld“, Am Ritterfeld 17, in Nauen
11. März	18.30 Uhr	Sitzung Kreistagsfraktion DIE LINKE Havelland Begegnungsstätte DIE LINKE, Bahnhofstraße 74 in Falkensee
14. März	18.00 Uhr	Regionalkonferenz DIE LINKE Brandenburg Rolandsaal im Altstädtischen Rathaus, Altstädtischer Markt 10 in Brandenburg
20. März	15.30 Uhr	Frauentagsfeier DIE LINKE Rathenow Bürgerbüro der LINKEN, Märkischer Platz 2, in Rathenow
21. März	18.00 Uhr	Mitgliederversammlung -BO Wustermark Begegnungsstätte Elstal, Ernst-Walter-Weg 6 in Elstal
21. März	18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand DIE LINKE Falkensee Begegnungsstätte DIE LINKE, Bahnhofstraße 74 in Falkensee
26. März	18.00 Uhr	Spätschoppen DIE LINKE Rathenow (Thema: Energiewende) Bürgerbüro der LINKEN, Märkischer Platz 2, in Rathenow
6. April	9.00 Uhr	Bürgersprechstunde Fraktion DIE LINKE Nauen Geschäftsstelle DIE LINKE, Marktstraße 18, in Nauen
6. April	10.00 Uhr	Rotes Frühstück in Falkensee Begegnungsstätte DIE LINKE, Bahnhofstraße 74 in Falkensee
9. April	17.00 Uhr	Bürgersprechstunde Fraktion DIE LINKE Wustermark Begegnungsstätte Elstal, Ernst-Walter-Weg 6 in Elstal
11. April	18.00 Uhr	Veranstaltung mit Justizminister Volkmar Schöneburg Aula der Oberschule in Elstal
17. April	16.00 Uhr	Sitzung Ortsvorstand DIE LINKE Nauen Geschäftsstelle DIE LINKE, Marktstraße 18, in Nauen
18 April	18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand Die LINKE Falkensee Begegnungsstätte DIE LINKE, Bahnhofstraße 74 in Falkensee
20. April	ab 11.00 Uhr	Für ein buntes Nauen Lindenplatz in Nauen
23. April	19.00 Uhr	Fraktionssitzung Die LINKE Wustermark Begegnungsstätte Elstal, Ernst-Walter-Weg 6 in Elstal
24. April	17.00 Uhr	Sitzung Fraktion DIE LINKE Nauen Geschäftsstelle DIE LINKE, Marktstraße 18, in Nauen
25 April	19.00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE Falkensee, Schönwalde, und Dallgow-Döberitz Kulturhaus „Johannes R. Becher“, Havelländer Weg 67 in Falkensee
30 April	19.00 - 22.00 Uhr	Talk in den Mai (mit Helmuth Markov, Finanzminister des Landes Brandenburg) Geschäftsstelle DIE LINKE, Marktstraße 18, in Nauen
1. Mai	10.00 Uhr	Politischer Frühschoppen zum 1. Mai Bürgerbüro der LINKEN, Märkischer Platz 2, in Rathenow
1. Mai	10.00 Uhr	Maifeier der LINKEN in Falkensee China-Restaurant „Falkensee-Garten“, Max Liebermann-Str. in Falkensee
4. Mai	9.00 Uhr	Bürgersprechstunde Fraktion DIE LINKE Nauen Geschäftsstelle DIE LINKE, Marktstraße 18, in Nauen
7. Mai	17.00 Uhr	Bürgersprechstunde Fraktion DIE LINKE Wustermark Begegnungsstätte Elstal, Ernst-Walter-Weg 6 in Elstal
7. Mai	18.30 Uhr	Sitzung Kreistagsfraktion DIE LINKE Havelland Geschäftsstelle DIE LINKE, Marktstraße 18, in Nauen
8. Mai	10.00 Uhr	Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung in Dallgow-Döberitz Dallgow-Döberitz, sowjetisches Ehrenmal
8. Mai	15.00 Uhr	Gedenken zum Tag der Befreiung Nauen, Ehrenmal
8. Mai	18.00 Uhr	Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung Premnitz, OdF-Denkmal, Ernst-Thälmann-Straße
14. Mai	19.00 Uhr	Mitgliederversammlung -BO Wustermark Begegnungsstätte Elstal, Ernst-Walter-Weg 6 in Elstal
15. Mai	16.00 Uhr	Sitzung Ortsvorstand DIE LINKE Nauen Geschäftsstelle DIE LINKE, Marktstraße 18, in Nauen
16. Mai	18.00 Uhr	Sitzung Stadtvorstand DIE LINKE Falkensee Begegnungsstätte DIE LINKE, Bahnhofstraße 74 in Falkensee
25. Mai	15.00 Uhr	Öffentliche Diskussionsveranstaltung Bürgerbegegnungsstätte, Parkstraße 9a in Buchow-Karpzow
27. Mai	18.00 - 20.00 Uhr	Bildungsabend des Ortsvorstandes DIE LINKE Nauen Geschäftsstelle DIE LINKE, Marktstraße 18, in Nauen
1. Juni	10.00 Uhr	Rotes Frühstück in Falkensee Begegnungsstätte DIE LINKE, Bahnhofstraße 74 in Falkensee
1. Juni	9.00 Uhr	Bürgersprechstunde Fraktion DIE LINKE Nauen Geschäftsstelle DIE LINKE, Marktstraße 18, in Nauen
1. Juni	14.00 Uhr	Kinderfest in Rathenow Hagenplatz in Rathenow
3. Juni	18.00 Uhr	Mitgliederversammlung -BO Premnitz Haus II der Stadtverwaltung Premnitz, Liebigstraße
4. Juni	17.00 Uhr	Bürgersprechstunde Fraktion DIE LINKE Wustermark Begegnungsstätte Elstal, Ernst-Walter-Weg 6 in Elstal
4. Juni	18.30 Uhr	Sitzung Kreistagsfraktion DIE LINKE Havelland Bürgerbüro der LINKEN, Märkischer Platz 2, in Rathenow
10. Juni	19.00 Uhr	Fraktionssitzung DIE LINKE Wustermark Begegnungsstätte Elstal, Ernst-Walter-Weg 6 in Elstal

(Weitere aktuelle Termine unter www.dielinke-havelland.de)

DIE LINKE.

Wo Steinbrück draufsteht ist auch Steinbrück drin

Aber was heißt das?

Zugegeben, ich hege eine gewisse Sympathie für Stimmfarbe und Wortklang bei Peer Steinbrück, den gebürtigen Hamburger – eine Vorbelastung aus seligen „Ohnsorg-Zeiten“. Die Steinbrück-Sprache ist bildhaft griffig und geradezu gierig nach der politischen Pointe. Das mag der Peer wohl von seinem Ziehvater, dem Menthol verqualmenden Uraltkanzler geerbt haben; auch der machte in seinen Saft- und Kraftjahren als Schmidt-Schnauze von sich reden.

Da steht ihm der Steinbrück kaum nach. Unvergessen, wie er sich auf dem Scheitelpunkt der Finanzkrise neben Bundes-Mutti Merkel als Brandmauer vor unser aller Ersparnissen aufgebaut hatte. In diesem Moment hätte ich keine Sekunde lang gezögert, daran zu glauben, dass Peer sogar die A 9 bis München für die Reiterei freigeben würde, um seine Kavallerie gegen die Schweizer Banken-Indianer loszuschicken und die Steuerflucht-Milliarden nach Hause zu holen. Denn eines hat der Steinbrück verinnerlicht: "Das schöne Gefühl, Geld zu haben, ist nicht so intensiv wie das saublöde Gefühl, kein Geld zu haben." Genau! Nur deshalb hat er auch die üppigen Honorare für seine wortreichen Reden kassiert. Wer ist schon scharf auf saublöde Gefühle?

Aber dann der Karriere-Knick: Die SPD hat den Peer zu ihrem Kanzlerkandidaten gekürt! Damit ist die Aussicht auf ein lukratives Direktorengehalt bei der Sparkasse von Castrop-Rauxel natürlich erst einmal futsch und seine Euro-Auftritte wohl auch, zumindest bis zur Bundestagswahl... Obendrein muss der Steinbrück nun Dinge schlecht finden, die er früher gut fand oder umgekehrt, und das auch noch öffentlich, mit breiter Brust und vollen Hosen, ich meine: mit Arsch in der Hose! Das sind Konflikte für den Mann! Da kann einem der Peer doch direkt leid tun! Jahrelang hat er mit Schröder und Genossen an der 67er Rente und den Hartz IV-Gesetzen gewerkelt, sich um Vollbeschäftigung durch prekäre Arbeitsverhältnisse gesorgt – und nun muss er rhetorisch die Rolle Rückwärts verkaufen. Einen Hauptstadt-Flughafen bauen zu müssen kann nicht schlimmer sein!

Ha.-Jo. Laß



Leicht zu verwechseln - aber ist, wo Steinmeier drauf steht auch Steinmeier drin?

Was ich nicht weiß...

Warum wir uns manipulieren lassen

Manipulieren ist ein grundlegendes Phänomen menschlichen Zusammenlebens. Manipulieren heißt, die Angst oder Gier, die Liebe oder den Hass, die Trägheit oder Naivität anderer Menschen für eigene Zwecke auszunutzen. Es geht um den Gewinn von Macht, Einfluss oder Geld. Kaum jemand ist davor gefeit, Gerüchten zu erliegen, so sie den eigenen Begehrlichkeiten oder Befürchtungen Nahrung geben. Manipulieren heißt schlichtweg, Hoffnung oder auch Hiobsbotschaften zu verbreiten, und dafür, wenn nötig, sogar zur Lüge zu greifen. Damit diese dann auch wirkt, muss man sie nur oft genug wiederholen, frei nach dem Motto: Steter Tropfen höhlt den Stein.

Eine der raffiniertesten Maschen, Menschen für sich einzuspannen, besteht darin, mit Halbwahrheiten zu arbeiten. Wenn es um die Durchsetzung von Interessen geht, ist kein Trick zu schmutzig. Wer nicht aufpasst, hat schlechte Karten. In diesem Zusammenhang sei, als extremes Beispiel, an die Machtergreifung eines Adolf Hitler erinnert. Dass das Endziel des Dritten Reiches Krieg bedeuten würde, haben die meisten Menschen damals nicht geahnt, nicht geglaubt und erst recht nicht gewollt, als sie diesem Mann einst gutgläubig ihre Stimme gaben.

Bis heute ist Gutgläubigkeit die beste Voraussetzung für Manipulationen. Wie oft hört man: „Das stand doch in der Zeitung!“ So als wäre damit schon ein Wahrheitsbeweis erbracht. Sollte man nicht eher fragen: Was steckt hinter dieser Nachricht? Was wurde mir da verschwiegen? Was steht im „Kleingedruckten“? Was hat mich abgelenkt, unter die Oberfläche zu blicken? Ein weiser Mann hat mal gesagt: Wer viel weiß, sieht viel. Andersherum reimt der Volksmund: Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Aber das macht mich dann eben auch zu einem leichten Opfer für Manipulationen.

W. Weise

Neubürger sucht zum käuflichen Erwerb das Buch
Karl J. Erbs (Herausgeber): Brandenburg (Havel). Trabantenstadt westlich von Berlin (= Neue Stadtbaukunst), Berlin-Leipzig-Wien 1930.
Angebote bitte per Mail an: res.brb@t-online.de
oder die Geschäftsstelle der LINKEN in Brandenburg an der Havel

Für mehr Nachtruhe am BER

Volksbegehren angenommen

Für viele Menschen überraschend haben SPD und LINKE beschlossen, dass der Landtag das Volksbegehren für mehr Nachtruhe am BER annimmt. „Die Landesregierung wird nun unverzüglich in Gespräche mit dem Land Berlin und den Gesellschaftern eintreten. Ziel ist es, noch vor Inbetriebnahme des Flughafens Regelungen für mehr Nachtruhe im Umfeld verbindlich zu fixieren“, so die beiden Fraktionsvorsitzenden, Ralf Holzschuher (SPD) und Christian Görke (DIE LINKE) in ihrer Presseerklärung.

Es ist schon jetzt abzusehen, dass dies kein leichter Weg wird. Der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit hat schon mitgeteilt, dass er von einem längeren Nachtflugverbot wenig hält. Das lässt sich aus seiner Sicht auch leicht sagen, denn vom Fluglärm sind größtenteils Brandenburger Bürgerinnen und Bürger betroffen.

Aber auch unter den Brandenburgern gibt es diametral entgegengesetzte Positionen. Der Hoffnung auf Arbeit und wachsenden Wohlstand stehen Sorgen um Lärmbelästigung und sinkende Lebensqualität gegenüber. „Ein Volksentscheid mit vorangehender Kampagne würde die Spaltung des Landes vertiefen. Die Koalitionsfraktionen wollen diese Zuspitzung vermeiden und den Konflikt entschärfen“, konstatieren Holzschuher und Görke. Das Thema BER und die Diskussion um ein Nachtflugverbot werden uns also noch eine Weile erhalten bleiben.

R. Kretzschmar (MdL)

Ein bisschen Extra-Senf...

Hallo Leute,

der Winter sagt Tschüss, wat ick jedes Jahr zum Anlass nehme, meinen Kleiderschrank zu entrümpeln. Nach dem Prinzip: Klamotten, die ick länger als ein Jahr nicht mehr anjezogen habe, werden aussortiert. Na jut, nicht alle; an manche Outfits hängt man ja doch und hofft: Vielleicht kommt dit noch mal. Wat mir in den letzten Jahren aufjefallen is: Die Zahl der Klamotten, die ick in den Altkleider-Container jebe, wird immer jeringer. Nee, nicht weil ick mir immer weniger neue Fummel leiste oder weil ick mich von immer mehr Lieblingsstücken nicht trennen kann. Dit Problem is einfach, dass die Fummel immer schneller verschleißen. „Die sind nich mehr auf Langlebigkeit jemacht“, sagt meine Freundin Mandy, ihres Zeichens Textilfachverkäuferin. Merke: Dit Wirtschaftswachstum schreit nach Einweg-Ware. Langlebige Klamotten jibt et natürlich nach wie vor, aber die kann sich unsereins mit seinen unanständigen Friseurinnen-Gehalt nicht leisten.

Gerade in punkto Kleidung kann die Industrie ja an vielen Stellschrauben drehen. Schraube 1: Ware sieht nur vor dem ersten Waschen jut aus. Schraube 2: Ware wirkt nach



einer Saison modemäßig lächerlich. Warum man dit nich schon beim Kauf jeahnt hat, frage ick mich manchmal, aber ick bin eben ooch ein williges Manipulations-Objekt. Schraube 3: Textilindustrie hat heimliches Bündnis mit Nahrungsmittelindustrie jeschmiedet, ergo: Ware ist nächstes Jahr zu eng.

Die Ärmsten unter uns sehn ja heutzutage nich mehr ausjemergelt aus, sondern werden von Jahr zu Jahr fetter, weil se keinen Antrieb haben, sich ausreichend zu bewegen, und weil die billigste Ernährung ooch die unjesundeste ist: Sie stopft und mästet. Außerdem ist sie extrem langlebig; dit heißt, so mit Chemie volljepumpt, dass sie einfach nicht verdirbt. Wenn ihr mich fragt, Leute, haben wir da 'ne verkehrte Welt: Klamotten, eigentlich für Langlebigkeit jedacht, unterschreiten das Mindesthaltbarkeitsdatum, und Fressalien, eigentlich auf Frische und Kurzlebigkeit jeeicht, verderben vor lauter Künstlichkeit kaum noch, aber liegen umso schwerer im Magen. Ist doch pervers, oder? Dit fragt ziemlich ratlos

Eure Bella Branne

Kein berauschendes Ergebnis

Warum DIE LINKE in Niedersachsen eingebrochen ist

Da hilft weder Zetern noch Fluchen: Die Niedersachsenwahl ist für DIE LINKE in die Hose gegangen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Zum einen ist DIE LINKE dort kommunal nicht so verankert wie in den östlichen Bundesländern, zum anderen dürfte inzwischen die Euphorie der Gründerzeit verraucht sein. Im Bund liegt DIE LINKE derzeit bei maximal 8 %, ist also von früheren zweistelligen Ergebnissen recht weit entfernt. Nicht folgenlos blieben die Personalquerelen der Vergangenheit, denen sich die bürgerlichen Medien hingebungsvoll gewidmet haben.

Aber als Hauptursache des miesen Wahlausgangs muss wohl die Tatsache angesehen werden, dass da ein Lagerwahlkampf zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb stattfand, der DIE LINKE zwischen die Fronten geraten ließ. Die Medien ignorierten DIE LINKE fast gänzlich bzw. bewerteten deren Chancen negativer, als sie vermutlich waren. So sahen unentschlossene Bürger keinen Grund, für DIE LINKE zu stimmen, zumal ihnen durch die Ergebnisse von Wahlumfragen nahegelegt wurde, dass es eher schädlich sei, DIE LINKE zu wählen, wo doch jede Stimme für den Lagerwahlkampf gebraucht werde. Dass Niedersachsens LINKE in der vergangenen Wahlperiode zeitweilig bei 4,5 % lag, wurde heruntergespielt; dass die FDP vor der Wahl unter die 5 %-Marke gerutscht war, wurde dagegen als unbedeutende Momentaufnahme abgetan. Eine Partei, die im bürgerlichen Spektrum dringend gebraucht wird, konnte man schließlich nicht im Stich lassen! Um die 100.000 Bürger nahmen sich denn auch der FDP verständnisvoll an und drückten das ohnehin nicht berauschende Wahlergebnis der LINKEN.

Trotzdem bleibt DIE LINKE eine Partei, mit der man auch in Zukunft ernsthaft rechnen muss. Zumal in einem Land, in dem soziale Gerechtigkeit vornehmlich klein geschrieben und von den bürgerlichen Parteien höchstens zu Wahlkampfzwecken aus der Kiste gekramt wird. DIE LINKE bleibt die Partei der ehrlichen sozialen Alternativen und wird somit dringend gebraucht – sich da als Wählerin oder Wähler allzu taktisch zu verhalten, schmälert die Chancen für ein sozial gerechtes Miteinander.

W. Weise

Beschäftigtenüberwachungsgesetz

Umstrittener Gesetzesentwurf zum Arbeitnehmerdatenschutz vorerst gestoppt

Durch eine groß angelegte Protestaktion der Gewerkschaften musste die für den 01.02.13 geplante Abstimmung im Bundestag über das umstrittene Gesetz abgesagt werden. Die Aktion wurde durch eine Online-Petition gegen die Dauerüberwachung am Arbeitsplatz begleitet, an der sich über 33.000 UnterstützerInnen beteiligten. Viele Betriebs- und Personalräte haben ihren Appel direkt an Volker Kauder und Reiner Brüderle gerichtet. Die Koalition will nun mit allen Beteiligten weitere Gespräche führen.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer meldete sich mit folgenden Aussagen zu Wort: „Besser kein Gesetz als dieses – das gilt immer noch. Sollte die Regierungskoalition diesen Entwurf doch noch weiterverfolgen, so muss sie mit unserem weiteren Widerstand rechnen. Wir wollen einen wirklichen Arbeitnehmerdatenschutz, nicht George Orwell in unseren Betrieben und Büros.“

Die Positionen für die weitere Behandlung des Themas stehen fest.

NEIN zur Erlaubnis, dass der Arbeitgeber tun kann, was ihm passt!

NEIN zur offenen, uneingeschränkten Videoüberwachung!

NEIN zur Auswertung sozialer Netzwerke!

NEIN zur permanenten Kontrolle der Beschäftigten in Callcentern!

NEIN zu Gesundheitsuntersuchungen, die nicht arbeitsmedizinisch notwendig sind!

NEIN zur unregulierten Datenweitergabe an andere Arbeitgeber innerhalb eines Konzerns.

Der Dank gilt allen, die sich dafür eingesetzt haben, dass dieser Entwurf zurückgenommen werden musste. Das war ein guter Tag für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften.

A. Kutsche

Der Schöpfer der Skulptureninstallation am städtischen Klinikum wollte den Brandenburgern sicher darstellen, dass Sport gesund erhält. Ein Schelm, der sich Details herauspickt und meint: Von den Beschäftigten werden im täglichen Arbeitsleben mitunter wahre Luftsprünge erwartet, während Arbeitgeber das unternehmerische Risiko nicht mehr tragen wollen, sich aus der Solidargemeinschaft mehr und mehr verabschieden und dafür aber ihre Angestellten immer intensiver kontrollieren wollen.



Priorität für Schulen und Kitas

Im Porträt: Karin Dietze, Rathenower Stadtverordnete

„Mir liegen vor allem die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen am Herzen“, sagt Karin Dietze. Sie ist parteilos und gehört seit 2003 der Rathenower SVV an. Kürzlich übernahm sie den Vorsitz im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur, Jugend und Sport.

In die Kommunalpolitik stieg Karin Dietze erst nach der Wende aktiv ein, obwohl sie familiär vorbelastet ist. Ihre Mutter Ida Dorn war von 1957 bis 1968 Bürgermeisterin der Stadt Rathenow. In den 90er Jahren wurde Karin Dietze dann von der damaligen PDS-Kreistagsfraktion als Aufsichtsratsmitglied der Pflegeheime gGmbH Rathenow entsandt. Als Stadtverordnete kümmerte sie sich zunächst um Wirtschafts- und Finanzfragen. Außerdem war sie Mitglied im Aufsichtsrat der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Rathenow. Seit Beginn der laufenden Wahlperiode vertritt sie die Linksfraktion auch im Aufsichtsrat der Rathenower Wärmeversorgung. An ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit schätzt sie, dass es auf kommunalpolitischer Ebene vor allem um Sachfragen geht. „Parteipolitische Auseinandersetzungen sind die Ausnahme, und das ist auch gut so“, so die 65-



Jährige.

Aktuell möchte sie daran mitwirken, dass der Sanierungsstau in den Rathenower Schulen und Kitas abgebaut wird. „Wir benötigen endlich eine verbindliche Prioritätenliste, damit sich die Betroffenen darauf einstellen können, welche Vorhaben wann erledigt werden“, so die Stadtverordnete. Auch ein anderes Projekt brennt ihr auf den Nägeln: „Wir müssen noch in dieser Wahlperiode, also bis Mitte 2014, die Weichen stellen, damit die Stadtverwaltung in ein stadteigenes Rathaus ziehen kann. Dann könnten nach 2017 die erheblichen Mietkosten gespart werden.“

In der Freizeit tauscht Karin Dietze gern Beschlussvorlagen und Sitzungsprotokolle gegen Krimis und Familiensagas. Ihre Lieblingsschriftstellerin ist die Bestsellerautorin Charlotte Link. Ansonsten findet sie Entspannung beim Reisen. Sie bevorzugt Touren durch Deutschland und das benachbarte Polen, aber auch Reisen in die Türkei und nach Ägypten. An ihrer Heimatstadt Rathenow mag die gebürtige Premnitzerin vor allem die ruhigeren Ecken. Ihre Lieblingsplätze sind das Kirchbergcafé unweit der St.-Marien-Andreas-Kirche und das „Blockhaus“ am Wolzensee.

Bankenrettung: Wer rettet uns vor den Banken?

Aus unserer Rubrik: „Im Lexikon geblättert“

Das Wort Bank hat sprachgeschichtlich zwei Quellen, aber uns interessiert hier nicht das Sitzmöbel für mehrere Menschen, sondern das Unternehmen für Geldverkehr. Da bringen Bürger ihr Geld hin, um es sicher verwahrt zu wissen – oder noch besser: Das Geld soll dort „arbeiten“ und sich möglichst „vermehren“. Nun hat man noch nie gehört, dass Münzen, Geldscheine oder andere finanzielle Werte selbst malochen, geschweige denn sich fortpflanzen können. Aber die Bank kann die Werte im Namen ihrer Kunden gewinnbringend anlegen, also in Projekte investieren, die einen Mehrwert versprechen. Die Bank kann sich allerdings auch irren und Fehlinvestitionen tätigen, z. B. Schrottaktien aufkaufen oder Schrottimmobilien finanzieren. In diesem Fall haben die Banker einen schlechten Job gemacht und müssen für den Verlust haften. Tatsächlich? Nein, so läuft es gerade nicht. Die Banken haben kaum etwas zu befürchten, wenn sie sich verzockt haben; sie können sich auf großangelegte Rettungsaktionen verlassen, die vom braven



Steuerzahler finanziert werden.

Rettung bedeutet ja laut Lexikon Hilfe, Befreiung aus einer Gefahr. Dabei wirkt ein ungeschriebenes Gesetz: Kinder und Frauen zuerst. Anders ausgedrückt: Die schwächsten Glieder der Gesellschaft sind besonders schutzwürdig. Übertragen auf unser Thema wären damit die kleinen Bankkunden gemeint. Aber werden die zuerst gerettet? Mitnichten, stattdessen springen die Chefs und Großaktionäre in die Rettungsboote, deren Einsatz sie nicht einmal bezahlt haben. Merke: Bankenrettung ist ein unmoralisches Geschäft, das alle Regeln der Menschlichkeit außer Kraft setzt. Wie sagte schon Bert Brecht: „Was ist der Überfall auf eine Bank gegen die Gründung einer Bank.“

Dr. U. Sändig

Stadt im Windschatten

Eindrücke eines Zugezogenen



Feuerwerkslaboratorium Kirchmöser - kein Baudenkmal in der Innenstadt

So ganz will mir der offizielle Slogan der Stadt Brandenburg/Havel – „Stadt im Fluss“ – nicht einleuchten. Als Zugezogener wundere ich mich schon, dass dieser schmucke Ort so gar nicht im Fokus der Berliner und Potsdamer steht. In beiden Städten gibt es Zuzug und die Menschen klagen über steigende Mieten. Vergleichbares lässt sich von Brandenburg an der Havel nicht sagen. Viele Wohnungen stehen leer und die Mieten sind deutlich niedriger als in der Metropole und der Landeshauptstadt. Die Bevölkerung der Bundesrepublik ist im Jahr 2012 um mehr als 200.000 Einwohner gewachsen, weil fast 400.000 Menschen mehr zu- als abgewandert sind. Und Brandenburg an der Havel? Verliert im 3. Quartal 2012 mehr als 100 Einwohner, auch durch einen negativen Wanderungssaldo.

Als Neubürger kann ich über die Verwaltung nicht klagen. Da lief alles reibungslos und freundlich. Wie überhaupt die Brandenburger nicht den herben Charme der Berliner pflegen. Brandenburg an der Havel hat zwar ein heftiges Schuldenproblem, aber die Stadt macht (noch) nicht den Eindruck, aus lauter Sparzwang, verbunden mit einem gewissen Größenwahn – wie Berlin – ihr Funktionieren aufs Spiel zu setzen. Alles in allem ein angenehmer Ort zum Leben.

Der Bevölkerungsschwund kann eigentlich nur darin begründet sein, dass die Stadtverwaltung für ein positives Image allein auf die Bundesgartenschau 2015 setzt. Aus meiner Sicht aber wäre eine offensivere Vermarktung der Stadt als ein bezahlbarer und angenehmer Ort zum Wohnen und Leben in akzeptabler Entfernung von der Metropole angesagt.

Es gilt also, die Stadt aus dem „Windschatten“ der Metropolregion heraus zu holen. Dann wären auch die Haushaltsprobleme schneller zu lösen. Und irgendwie hat dies ja auch die Oberbürgermeisterin versprochen.

R. Scholz

Bilderrätsel

Brücken sind seit Kurzem bei den Brandenburgern in aller Munde. Jüngst legte das Tiefbau- und Brückenamt dem hiesigen Ausschuss für Stadtentwicklung eine fleißige Arbeit vor, die eine Liste mit 70 Brücken enthält. Unser Fotograf behauptet dazu mit einem zwinkernden Auge, dass es in Brandenburg an der Havel mit all seinen Stadt- und Ortsteilen etwa doppelt so viele Brücken, Durchlässe und begehbare Wehre gibt. Kaum eine Brücke hat einen Namen, dafür manche sogar zwei – den offiziellen und den Spitznamen. Wir wollen mit unserem Rätsel aber keine neuen Namensvorschläge erfragen, sondern wir wollen wissen, wo die abgebildeten Brücken zu finden sind. Dazu haben wir wieder eine kleine Auswahl zusammengestellt.



Welcher Buchstabe gehört zu welcher Abbildungsnummer?

a) Fußgängerbrücke über die Näthewinde,
b) Eisenbahnbrücke an der Spittastraße,
c) Gottfried-Krüger-Brücke (Bauchschmerzenbrücke),
d) Brücke am alten Elbe-/Havelkanal in Plaue,
e) „Fohrder Brücke“ an der Fohrder Landstraße,
f) Fußgängerbrücke über den Jacobsgraben zwischen Hausmannstraße und Zentrumsring,
g) Brücke an der Vorstadtschleuse.

Senden Sie Ihre Antworten bis zum Einsendeschluss am 02. April 2013 an die Redaktion „Havelbrandung“, c/o DIE LINKE., Altstädtischer Markt 2, 14770 Brandenburg an der Havel. Auch dieses Mal können sich drei Ratefüchse über einen Büchergutschein freuen.

+++ Neu +++ Neu +++ Neu +++

Ab dieser Ausgabe wird das Bilderrätsel mit der jeweiligen „Havelbrandung“ auf unsere Website gestellt. Nach Einsendeschluss können Sie die Auflösung dann auch auf der Webseite www.dielinke-stadt-brb.de/politik/havelbrandung/2013 finden.
Im letzten Bilderrätsel suchten wird die Bauwerke, zu denen die abgebildeten Zifferblätter gehörten. Natürlich wussten die interessierten Leser, dass Abb. 1 zur St. Katharinenkirche, Abb. 2 zur Uhr am Neustädtischen Markt, Abb. 3 zum Altstädtischen Rathaus und Abb. 4 zur St. Gotthardtkirche gehört. 10 Rätselfans lagen komplett richtig, während die Anderen mindestens einen Fehler hatten. Auf einen Büchergutschein können sich freuen. Anneliese Albert, Detlef Lemke und Werner Mattern, alle aus Brandenburg an der Havel. *W. Müller*

TRENNER
Bausanierung UG
Mauerwerkssägen und Injektagen
Maurer- und Putzarbeiten sowie Abdichtungen
Neuendorfer Straße 59 . 14770 Brandenburg an der Havel
Telefon 0 33 81 . 22 44 10 . E-Mail trennerbau@email.de

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...
Bestatter und Trauerredner
Wolfgang Bonatz
Friedensruh Bestattungen
Brandenburg - Hochstraße 8
☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95

Was Wann Wo

März 2013

03.3. 09:30 Uhr	Aktivenkonferenz Kommunalpolitik, Kongresshotel Potsdam
08.3. 16:00 Uhr	Diskussion zum Leitbild „Brandenburg 2020“, Bürgerhaus Altstadt
11.3. 18:00 Uhr	Fraktionssitzung
11.3. 18:30 Uhr	Vortrag "Atomkraft – not a lovestory" mit Ch. Kühnl, Café Undine
12.3. 16:00 Uhr	Beratung BO Vorsitzende
13.3. 15:00 Uhr	Geschäftsführender Vorstand
13.3. 20:00 Uhr	Spielfilm "Das China Sydrom" im HdO, Magdeburger Str. 15
14.3. 18:00 Uhr	Regionalkonferenz der LINKEN, Rolandsaal, Altstädtischer Markt
20.3. 09:30 Uhr	Rotes Frühstück
20.3. 18:00 Uhr	Sitzung des Stadtvorstandes
20.3. 19:00 Uhr	Podiumsdiskussion "Was kostet die Energiewende", Fontaneclub
21.3. 18:00 Uhr	Klausur, Finanzausstattung der kreisfreien Städte mit D. Trochowski
25.3. 18:00 Uhr	Fraktionssitzung
28.3. 17:00 Uhr	Rosa-Luxemburg-Stiftung „Die Enquete-Kommission“, Fontaneklub

APRIL 2013

08.4. 18:00 Uhr	Fraktionssitzung
09.4. 16:00 Uhr	Beratung der BO Vorsitzenden
10.4. 15:00 Uhr	Geschäftsführender Vorstand
17.4. 09:30 Uhr	Rotes Frühstück
17.4. 18:00 Uhr	Vorstandssitzung
22.4. 18:00 Uhr	Fraktionssitzung

MAI 2013

01.5. 09:30 Uhr	Tag der Arbeit mit DGB, SPD & LINKE, Altstädtischer Markt
08.5. 15:00 Uhr	Geschäftsführender Vorstand
13.5. 18:00 Uhr	Fraktionssitzung
14.5. 16:00 Uhr	Beratung BO Vorsitzende
15.5. 09:30 Uhr	Rotes Frühstück
15.5. 18:00 Uhr	Vorstandssitzung
27.5. 18:00 Uhr	Fraktionssitzung

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden in der Geschäftsstelle der LINKEN am Altstädtischen Markt 2 statt.
Weitere aktuelle Termine unter www.dielinke-stadt-brb.de
Änderungen und Ergänzungen vorbehalten.
Geplant: Stadtteilkonferenz der Fraktion DIE LINKE in Hohenstücken, Termin wird rechtzeitig bekannt gegeben

Impressum HAVELbrandung

Die linke Zeitung für das Havelland und Brandenburg an der Havel, Ausgabe 01/2013, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 2, 14770 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P. Lutz Krakau (BRB), Hendrik Öchsle (HVL), E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de. Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung. **Druck**: Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, **Auflage**: 42.500 Stück, **Redaktionsleitung**: Dr. Uta Sändig (Text), Werner Müller (Bild und Koordination), **Redaktion**: Daniel Herzog, Frank Hübner, Lutz Krakau, Andreas Kutsche, Robert Scholz, Wilfried Weise und Petra Zimmermann, **Bildnachweise**: J, Bermann (8), B. Dietl (3), F. Hübner 6), A. Johlige (6), linksjugend solid (1), T. Lück (7), W. Müller (1,1,2,3,3,4,5,5,9,10,11,12,12,12,12,), K. Rietschel (11), S. Rosig (2), Verein Gemeinwohl (7), P. Zimmermann (4), **Karikaturen**: privat (10), Schwarwel (11)

Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE:
Altstädtischer Markt 2, 14770 Brandenburg an der Havel
Montag bis Donnerstag 09:00 bis 17:00 Uhr Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr
Telefon: 03381 / 22 47 33 Fax: 03381 / 22 99 61
Internet: www.dielinke-stadt-brb.de